

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952**

30 (6.2.1952)

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Trümmerhaus fordert acht Tote

Köln (AP). Der plötzliche Einsturz eines schwer beschädigten Trümmerhauses in der Altstadt in der Nacht zum Dienstag, das von 18 Personen bewohnt wurde, forderte acht Todesopfer, darunter fünf Kinder im Alter von sechs Monaten bis zehn Jahren. Nur zwei der insgesamt zehn Hausbewohner, zwei Kinder von drei und sechs Jahren, konnten gerettet werden.

Das zweistöckige Haus sollte gestern geräumt und die Bewohner an anderer Stelle untergebracht werden, da die Baupolizei und die Wohnungsbehörden die Ruine als einsturzgefährdet bezeichnet hatten.

Die sofort einsetzenden Rettungsarbeiten von Polizei und Feuerwehr gingen die ganze Nacht hindurch. Bei Scheinwerferbeleuchtung wurden die Opfer aus den Trümmern geborgen.

Wie die Baupolizei mitteilt, hätten die Einwohner des Trümmerhauses ohne Genehmigung gebaut.

## Sensation in der Bundeshauptstadt

Berichte über eine Adenauer-Rede vor der CDU-Fraktion wurden demütiert  
Drahtbericht unseres Bonner Dr. A. R. - Korrespondenten

Bonn. In Bonn waren gestern Berichte im Umlauf, wonach Bundeskanzler Adenauer erklärt habe, er könne den Generalvertrag und ein Europaarmee-Abkommen nur dann unterzeichnen, wenn eine zufriedenstellende Lösung der Saarfrage und der Bestimmung der Bundesrepublik zur Atlantikpaktorganisation erfolgt sei. Adenauer soll das vor der CDU-Fraktion erklärt haben. Diese Gerüchte waren die Sensation des gestrigen Dienstags in der Bundeshauptstadt, bis sie vom Auswärtigen Amt demütiert wurden.

Das Auswärtige Amt stellte in Abrede, daß Adenauer solches erklärt habe.

Diese Richtigstellung wurde in Bonn lebhaft umfritten. Auf alle Fälle hätten die Hörer Dr. Adenauers den Eindruck, daß die Verträge nicht abgeschlossen werden würden, so lange diese anderen Fragen nicht geklärt seien. Doch wurde nach Mitteilungen eines Sprechers diese Frage auf der Zusammenkunft des Kanzlers mit der Hochkommission, die gestern nachmittag stattfand, nicht erörtert. Weder die Saar-, noch die Nato-Frage standen auf der Tagesordnung dieser Konferenz zur Fortführung der Verhandlungen über die Zusatzabkommen zum Generalvertrag.

Darüber hält man es für möglich, daß Hochkommissioner McCoy den Kanzler bei dieser Gelegenheit über den Schritt des amerikanischen Außenministers Acheson in der Saarfrage unterrichtet. Ein aus Paris angekündigter Brief des amerikanischen Außenministers Acheson an Dr. Adenauer war bis Dienstagfrüh in Bonn nicht eingetroffen und die Bundesregierung wußte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr von dieser Angelegenheit, als was sie in den Berichten der Zeitungen aus Paris über die Tatsache dieses Briefes lesen konnte.

Doch wird in Bonn erklärt, daß die Vorschläge Achesons an Schuman Aussicht auf zufriedenstellende Lösungen eröffnen können. Vor allem wird begrüßt, daß Washington sich jetzt entsprechend der deutschen Auffassung äußert, daß das Provisorium an der Saar nicht bis zu einem Friedensvertrag dauern, sondern vorher schon eine endgültige Regelung gefunden werden soll.

Die großen Schwierigkeiten liegen aber in den Zusatzabkommen zum Generalvertrag. Nach der Freien Demokratischen Partei und der Deutschen Partei hat jetzt auch die CDU-Fraktion ihre positive Einstellung zu einem Europa-Armee-Abkommen von einer Erfüllung der berechtigten deutschen Wünsche über eine wirkliche Abklärung des Besatzungsregimes in den Generalvertrag abhängig gemacht. In der Fraktionssitzung wurden die bisherigen Ergebnisse der deutsch-alliierten Verhandlungen für

## Eden verspricht möglichst engen Anschluß

Der britische Außenminister erläuterte die Stellung Großbritanniens zur Europa-Verteidigungsgemeinschaft

London (AP/dpa). Der britische Außenminister Anthony Eden eröffnete am Dienstag die zweite tägige außenpolitische Debatte des Unterhauses mit der Feststellung, daß die Furcht vor einem baldigen Kriegsausbruch nachgelassen habe.

Eden nannte dem Haus vier Gründe für eine Besserung der Friedenssicherheit: 1. die wachsende Stärke des Westens, 2. die letzte Sitzung der UN-Vollversammlung war nur von kleineren Kontroversen überschattet, 3. bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der deutsche Truppen angehören werden und 4. letzte Schritte zur Erweiterung der Nordatlantikpaktorganisation.

Zur Erklärung der Stellung Großbritanniens zu der europäischen Verteidigungs-

gemeinschaft wiederholte Eden die britische Zusage, in jeder politischen und militärischen Phase mit der Schumanplanbehörde und der kontinental-europäischen Verteidigungsgemeinschaft zusammenzuarbeiten. Er nannte dabei eine Zusammenarbeit in Ausbildung und Versorgung und machte den Vorschlag, einen Teil der britischen Luftstreitkräfte mit den Luftstreitkräften Westeuropas zu vereinigen. „Wir möchten klar verstanden werden“, sagte Eden u. a. „Wir werden unsere Streitkräfte auf dem Kontinent lassen, solange es notwendig ist.“

Eden deutete die Möglichkeit an, daß Bundeskanzler Adenauer nach London zur Außenministerkonferenz geladen werde. Er sagte, er wäre erfreut, Adenauer einladen zu können, wenn die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der alliierten Hohen Kommission das Stadium erreicht hätten, das fruchtbringende Gespräche und die notwendigen Entscheidungen ermöglichte.

Frankreich und die Bundesrepublik stünden vor wahrhaft historischen Entscheidungen. Sie würden, wenn sie sich einigen, ein neues Europa begründen, das seit den Tagen Karl des Großen beispiellos sei. Die Saar sei zwar ein dortiges Problem, aber die Tür für Verhandlungen weit offen.

Er sagte weiter zur Frage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, daß fünf der an ihr beteiligten Länder Mitglieder des Atlantikpaktes seien. Deutschland sei es nicht, sei zwar aber an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligt. Es sei also notwendig, die europäische Verteidigungsgemeinschaft einschließlich Deutschlands und Frankreichs mit der NATO zu verbinden oder in sie einzubauen.

Zum Nahen Osten sagte Eden, daß der

Wunsch nach einem Übereinkommen mit Ägypten wirklich ernst sei. Dazu wird ein britischer Vorschlag veröffentlicht, der die Zurückziehung der britischen Truppen aus der Suezkanalzone, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Kanalzone, die Instandhaltung der britischen militärischen Anlagen und der Abschluß eines Abkommens über die Verteidigung des Mittelmeeres vorsieht. Jedenfalls haben der irische Vermittlungsvorschlag, dieser Kompromißplan, und die Aufhebung militärischer Sicherheitsmaßnahmen am Suezkanal zur weiteren Entspannung im anglo-ägyptischen Verhältnis beigetragen. Als Symptom für die Besserung der Lage kann die Rückkehr eines Teils der 70 000 ägyptischen Kanalarbeiter und die Wiederaufnahme ihrer Arbeit angeführt werden.

## Ehepaar Falk Eislaufeuropameister

Wien (AP). Bei den Europameisterschaften im Eiskunstlaufen der Damen in Wien hat sich die Welt- und Europameisterin Jeanette Altwegg (England) am Dienstag nach Beendigung der ersten drei Pflichtfiguren die Führung vor ihrer schärfsten Konkurrentin Jacqueline du Bief (Frankreich) gesichert.

Auf dem dritten und vierten Platz der noch isolierten Wertung folgen die Engländerin Barbara Wyatt und die Deutsche Erika Kraft vor Valda Osborne (England) und Dagmar Ledshova (Tschechoslowakei). Gundi Busch ist neunte, Helga Datzinsky elfte.

Das Weltmeisterpaar im Eiskunstlaufen in Wien, Helmut Seibt und Erika Kraft, hat bei den Europameisterschaften im Eiskunstlaufen in Wien seinen Titel erfolgreich verteidigt. Das Weltmeisterpaar im Eiskunstlaufen, Erika Kraft und Paul Falk, sicherte sich am Dienstag nach der bisher inoffiziellen Wertung die Europameisterschaft 1952. Die Darbietung des Ehepaars Falk rief die Zuschauer immer wieder zu Begeisterungsrufen hin.

## Adenauer „in den Fußstapfen Bismarcks“

Die französische Presse reagiert feindselig

Paris (AP/dpa). Das Bonner Demonté des angeblichen Ausräumung Bundeskanzlers Adenauers von der CDU-Fraktion am Montag, er werde den Generalvertrag und den Verteidigungsvertrag nur nach einer befriedigenden Erledigung der Saarfrage und der Frage der NATO-Mitgliedschaft unterschreiben, ist vom französischen Außenministerium am Dienstag mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Es wird im Quai d'Orsay darauf hingewiesen, daß die ursprüngliche Meinung immerhin von drei Nachrichtenagenturen, darunter einer deutschen, verbreitet worden ist.

Das Bonner Auswärtige Amt hatte am Dienstagvormittag die obige Äußerung Bundes-

kanzler Adenauers als falsch bezeichnet, aber das französische Außenministerium nahm keine Notiz davon. Vielmehr stellt es fest, es scheint heute, daß die Saar nur als Vorwand gedient habe.

Des weitern wird dazu von französischen Außenministerium gesagt, daß die deutschen Forderungen hinsichtlich des Saargebietes und der Atlantikpaktorganisation dazu beitragen könnten, die Aufnahme der Bundesrepublik in die westeuropäische Völkergemeinschaft zu verhindern.

Die Reaktion der französischen Presse auf die Äußerung des Bundeskanzlers war ausgesprochen feindselig. Ja, man kann von einem Entschuldigensurteil sprechen.

In diesen Kommentaren findet man Worte wie „mit einer bisher nicht gemigten Beistand hat Bundeskanzler Adenauer auf den internationalen Konferenzen geschlafen“, oder „mit gestrigen Bedingungen, wenn nicht Erpressungen“, oder „Deutschland treibt gewiß ein gefährliches Spiel“. Die offizielle Abendzeitung „Le Monde“ schreibt u. a.: „Man kann nur hoffen, daß nach dieser letzten Offenbarung Dr. Adenauers den Amerikanern die Augen darüber aufgehen werden, welche Gefahr eine überstürzte deutsche Wiederbewaffnung ohne wirksame Kontrollen birgt.“

Das Linkblatt „Combat“ meint: „Diese Annäherung ... zeigt nur Genüge, daß das neue Deutschland ... dem Deutschland Wilhelm II. und Hilfer wie eine Schwester gleicht, daß jeder deutsche Kanzler nur einen Ehrgeiz hat, in den Fußstapfen Bismarcks zu marschieren und Europa seine Bedingungen zu diktieren.“

unbefriedigend erklärt, ohne daß die anwesenden Regierungsexperten mit dem Kanzler an der Spitze widersprochen. Der Kanzler konnte bei seiner Verhandlung mit den Hochkommissionern auf diese Haltung der Regierungsparteien hinweisen, die sich vor allem auf die Übernahme des halben Besatzungsstatus in den Generalvertrag beziehen, wie die Freie Demokratische Korrespondenz schreibt.

Es handelt sich dabei um alliierte Tendenzen, wesentliche Bestandteile der Besatzungsgesetzgebung auch weiterhin gültig bleiben zu lassen.

Bundeskanzler Adenauer, Staatssekretär Heilmann und die Generäle Spödel und Heusinger unterrichteten die Bundestagsfraktion der FDP und DP über die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik.

Der Kanzler und seine Begleitung begaben sich unmittelbar im Anschluß an das Treffen mit den Hohen Kommissionen in das Bundeshaus. Adenauer wird am Mittwoch noch einmal mit dem zweiten SPD-Vorstandenden Erich Ollenhauer und anderen führenden SPD-Politikern zusammenzutreffen.

Der Bundeskanzler erklärte auf Betragen nach der Sitzung, der Bericht des deutschen Agenten vom gestrigen Abend ist völlig unzutreffend. Es ist kein Wunder, daß er Befremden in Frankreich ausgelöst hat.

Truman doch bei Vorwahlen

Washington (AP). Präsident Truman hat nunmehr doch beschlossen, sich in den Vorwahlen im Staate New Hampshire am 3. März als Kandidat für die Nominierung in der Präsidentschaftswahl aufstellen zu lassen. Als weitere Kandidaten erscheinen bei den Demokraten Senator Kefauver und bei den Republikanern Senator Taft und General Eisenhower.

## Neues in Kürze

Rundfunkübertragung der Wehrdebatte soll stattfinden. Der Süddeutsche Rundfunk Stuttgart und der Nordwestdeutsche Rundfunk teilen bereits mit, daß sie am Donnerstag- und am Freitagmorgen jeweils gegen 9 Uhr mit der Übertragung aus dem Bundestag beginnen wollen.

Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen hat am Dienstag das Gesetz für eine gesamtdeutsche Wahlordnung auch mit den Stimmen der SPD angenommen.

Der Begründer der „Neugemeinschaft für den Frieden Europas“, der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann, stellte in Nürnberg fest, die Neugemeinschaft sei keine neue politische Partei und auch keine pazifistische Versammlung.

Bundesarbeitsminister Anton Storch teilte mit, daß die Vermögenssubstanz der früheren Sozialversicherungsbeitragsnehmer auf ihre Rechtmäßigkeit zurückgeführt wird.

Auch das niederländische Kabinett beschloß, wie das bereits Heeren getan hat, durch Klage beim Bundesverfassungsgericht die Frage klären zu lassen, ob für einen Wehrbeitrag eine Änderung des Grundgesetzes notwendig ist.

Einige Warnstreik gegen den Wehrbeitrag beschloß die Belegschaft der Schachtanlage „Nordstern“ in Gelsenkirchen. Der Streik soll am 8. Februar stattfinden. Der Streik wurde von der IG Bergbau nicht genehmigt.

Das Lübecker Landgericht stellt das Verfahren gegen die beiden ehemaligen Wehrmachtsoberrichter Ernst Leonard Heibus und Otto Schwabewinkel endgültig ein. Beide hatten den von der Gestapo Hilders im Zusammenhang mit dem 29. Juli 1944 gesuchten früheren Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Karl Goeweler, in Konradswalde bei Stahm (Ostpreußen) verhaftet.

Der neuseeländische Premierminister Sidney George Holland ist am Dienstagmorgen zu einem zweitägigen Besuch in Berlin eingetroffen (AP).

Der Stadtrat von Zürich hat die Aufführung des Vett-Florian-Films „Umringelte Geliebte“ im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung untersagt.

Nehmere Schneestürme haben am Dienstag den Eisenbahnverkehr in einigen Teilen Nordwestdeutschlands unterbrochen. (AP).

Die Gewerkschaft der Staatsangestellten Griechenlands hat für Mittwoch früh einen

Generalstreik ausgerufen, nachdem die Regierung die Forderung auf fünfprozentige Löhnerhöhungen abgelehnt und nur 15 Prozent angeboten hatte. (AP)

König Talal von Jordanien hat seinen Aufenthalt in Udsch am Genfer See abgebrochen und ist am Dienstagmorgen nach Damaskus geflohen. (dpa)

Ein Flugzeug vom Master DC-Drei der Linie Coastermanville-Leopoldville ist am Montag bei Kikwik in Belgisch-Kongo abgestürzt. Alle 15 Insassen der Maschine wurden dabei getötet. (AP)



## Das Große Verdienstkreuz für Oberbürgermeister Töpfer

Im Anschluß an die gestrige Stadtratsitzung, in der Landesbeiratspräsident Minister Dr. Veit erklärte, daß das Große Verdienstkreuz für Oberbürgermeister Fr. Töpfer am Zuerstbesuch genehmigt wurde, überreichte der Minister dem aus den vier Deutschenbeiratspräsidenten im Auftrag des Bundespräsidenten das Große Verdienstkreuz von Verden. Unter Bild: Minister Dr. Veit überreicht Oberbürgermeister Fr. Töpfer die Verleihungsurkunde.

Foto: Schöninger

## Auf zu großem Fuß

A. N. Dem Labourpremier konnte nichts Besseres geschehen, als daß seine Partei bei den Unterhauswahlen mit beachtlicher Mehrheit geschlagen wurde und er sich, sein Kabinett und die Labourpartei aus der Verantwortung für das ihm schon bekannte Kommando entlassen konnte. Denn mit einigen Änderungen hätte noch der englische Volk schwerere neue Belastungen auferlegen müssen. Das ist niemals populär. Bei der knappen Niederlage und mit dem „guten Gewissen“ derjenigen, der dem anderen den Schaden gönnen kann, hat sich Labour schnell erholt und nützt die Oppositionsstellung mit all der Unbedenklichkeit aus, die sich nun einmal eine gerade nicht am öffentlichen Regierungsgeschäft beteiligte Partei leisten kann.

Der Regierungsauffassung von der neuen nationalen Krise, die Englands Währungsreserven wie in einem Darbohrer durchsawindern läßt, setzt Labour eine ganz andere Erklärung entgegen: die alle zwei Jahre wiederkehrende Krise sei zur Hauptursache äußeren Umstandes, zumadrehen, vor allem dem „unberechenbaren Verhalten der amerikanischen Wirtschaft“, auf das England keinen Einfluß habe. Das tündige Heilmittel sei eine bessere internationale Bewirtschaftung der Rohstoffmärkte. Mittlerweile könne England nichts Besseres tun, als unter Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sich nach Möglichkeit gegen die bösen äußeren Einflüsse abzusichern, statt die neue Krise zum Anlaß und Vorwand für einen Frontalangriff auf die Sozialdienste zu nehmen.

Also die böse amerikanische Wirtschaft ist der große Sündenbock. Das ist begreifbar und sehr billig gesagt und hört sich im Munde geschwehelter Leute, die viele Labourmänner zweifellos sind, etwas merkwürdig an. Aber — von ihrem Standpunkt aus haben sie recht. Für ihre Auffassung ist Marktwirtschaft etwas Unordentliches, und es hat ja eine beachtliche Strömung bei Labour gegeben, die hoffte, ein erfolgreiches englisches Planwirtschaftssystem werde sogar die USA erobern lassen können. Labour kann nicht begreifen, was der Vorwurf heißt, daß England und zumal England unter Labour habe über seine Verhältnisse gelebt. Ein Labourminister konnte sich nach dem Kriege rühmen, daß die Masse des englischen Volkes nach dem niederschmetternden aller Kriege besser lebe als vorher. Das mußte bei bedächtigen Menschen Kopfweh auslösen; aber England hatte es ja, nämlich die seit 400 Jahren gewohnten großen Zuschüsse aus seinen überreichen Beständen und Anlagen. Dieses England erlaube sich, das ganze Volk auf Staatskosten zum Arzt und Apotheker und Optiker gehen zu lassen, obwohl eine solche soziale Gemeinschaftsleistung nur die Folge eines hohen nationalen Wohlstands sein konnte. Es zauberte dem Volk die Optik niedriger Preise vor, was allein an Lebensmittelsubventionen die Steuerzahler sechs Milliarden DM kostete. Es verwirtschaftete eine frühere Kohlenauflage von 40 Millionen Tonnen im Jahr bis auf 12 Millionen Tonnen im Vorjahr, hatte dabei netto gerechnet aber eine Kohlenverfügbarkeit von Eineldrittelstücken des deutschen; das erlaubt den britischen Wärmekraftwerken viermal, der eisenhaltigen Industrie fünfmal, den anderen Industrien zweieinhalbmal so viel zu verbrauchen wie die deutschen Konsumenten. Trotz aller austerität lebte England ersichtlich über das hinaus, was seine eigenen Leistungen ihm erlaubten. Eines Tages mußte die Illusion zusammenbrechen.

Es ist gut, daß Attlee nicht das Labourconcept ausprobiert hat. Dieses bedeutet, kurz gesagt, den Versuch, die britische Wirtschaft von der „unordentlichen“ amerikanischen abzuhängen und möglichst selbständig zu machen. Bei der sich formenden westlichen Schicksalsgemeinschaft auch auf wirtschaftlichem Gebiet über US-Hilfe und jetzt NATO und andere wäre eine solche englische Abhängigkeit in immer stärkerem Gegensatz zu dem vorherrschenden marktwirtschaftlichen Prinzip geraten, also in immer stärkerer Spannung zu den USA. Das war schon deutlich genug zu erkennen gewesen. An dieser inneren Unvereinbarkeit zweier verschiedener Systeme ist Labour im Grunde gescheitert.

Im Gegensatz zur planwirtschaftlichen Methode Labour behandelt die konservative Regierung nach dem alten Prinzip des „middle trough“, des sich Durchwärtens. Etwas anderes ist es nicht, wenn man unter Einschränkungen aller Art gegen das Gegenteil des Notwendigen, einer Erhöhung der nationalen Leistung, getan wird, um zunächst einmal das große Loch zu stopfen. Obgleich hat es die englische Industrie im Vorjahr nur zu einer Produktionssteigerung von drei Prozent gebracht, während die deutsche 19 v. M. mehr produzierte.

Es wird von England her noch manche Überraschung zu erwarten sein. Das deutsch-englische Verhältnis ist immer stärker von den wirtschaftlichen Spannungen der beiden völkerverbindenden Nationen bestimmt gewesen. Daher ist es ziemlich gleichgültig, ob der englische Außenminister Bevin oder Eden heißt. Zu der natürlichen Wettbewerbsstellung der beiden großen Industrieländer kommt nun noch die England seelisch und materiell schwer belastende Liquidierung seiner Weltstellung verbunden mit einem gewaltigen Verlust an überseeischen Anlagen und Vermögen. Es ist der gleiche Prozeß, den Holland hat durchleben müssen, den Frankreich erlebt, ein Prozeß der Verzerrung, der ganz veränderndes die soziale Aufgeschlossheit der betroffenen Völker gegenüber dem sich emporarbeitenden Konkurrenzland nicht fördert. Man wird auch diese Tragödie Englands zu beklagen haben, wenn politische und wirtschaftliche Gegensätzlichkeiten zu einem vornehmlichen Urteil über die englische Haltung gegenüber Deutschland verhören können.



### Zum Tage

#### Dreifaches Junktim

Junktim nennt man eine Sache, die zur Beschaffung steht aber nur dann annehmbar wird, wenn gleichzeitig eine andere erfüllt ist. Aus der deutschen Geschichte der Reformationszeit ist uns ein Junktim bekannt, von dem man sagte, es habe den Schein hinter sich. Auch die Bundesrepublik muß sich mit einer ähnlichen Sache herumbelagen und es ist zu befürchten, daß es gefährlicher Dinge verbißt als jene aus vergangener Zeit. Den Anlaß dazu gibt der Generalvertrag, der vor dem Abschluß steht und wodurch das Besatzungsstatut abgelöst werden soll. Die Alliierten wollen ihn uns aber nur dann zellen, wenn ein deutscher Verteidigungsbeitrag geleistet wird. Nun sind in der vergangenen Woche von Frankreich durch die Ernennung Grandval zum Botschafter in Saarbrücken und als Antwort darauf von Bundeskanzler Brüning weitere Fragen in die öffentliche Diskussion geworfen worden, von denen man vermuten kann, daß sie ein zweites und ein drittes Junktim bedeuten. Die Bundesrepublik hat erklärt, daß sie Wert darauf lege in die Atlantikpaktorganisation aufgenommen zu werden und allgemein ist bekannt, daß die Saarfrage geregelt werden muß. Ob nun von Adenauer die in deutschem Sinne vollzogene Regelung dieser beiden Fragen zu einem Junktim gemacht wird, von dem die Annahme des Generalvertrags abhängen soll, ist noch ungewiß. In Paris befürchtet man das von Bonn wurde das gestern demontiert, das heißt in Abrede gestellt. Wie dies aber auch sei, dieses dreifache Junktim, das von den Alliierten gestellt und die von Paris befürchtet wird in der Diskussion des Bundesrats bei der Wehrdebatte am kommenden Donnerstag und Freitag zu hören sein.

#### Das große Palaver und der Katzenjammer

Als der sowjetische Außenminister Witschinski am 22. Januar auf dem Gare de l'Est seinen Abschied von Paris nahm, erklärte er den am Tag stehenden Journalisten: „Die Vollversammlung hat sich auf die Straße des englisch-amerikanischen Blocks beggeben. Sie hat überhaupt keine russischen Vorschläge angenommen.“ Witschinski hat recht gehabt, und auch der letzte Antrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorlag, die Korea-Debatte bis nach Unterzeichnung eines Waffenstillstands zurückzustellen, war eine Entschuldig gegen den sowjetischen Block. Diese zweite Vollversammlung der Vereinten Nationen begann am 6. November 1931, wurde durch eine schizophrene Weichheitspause unterbrochen und endete am gestrigen Dienstag. Abgesehen von den Beschlüssen der Versammlung war sie durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: Die erste ist die bemerkenswert enge Zusammenarbeit der zur westlichen Allianz gehörenden Nationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Die zweite war die auffällige Selbständigkeit der arabischen und asiatischen Länder, die sich in fast allen bedeutenden Streitfragen zwischen Ost und West ihrer Stimme, die sie in früheren Sitzungen fast durchgehend dem Westen gegeben hatten. Die Beschlüsse der Vollversammlung — Abstimmungsmehrheiten, erweiterte kollektive Sicherheitsmaßnahmen, keine Zulassung von 14 Staaten zur UNO, Ausschluß für atomare Wahlen, Defensivcharakter des Atomgesetzes, keine Brandmarkung des US-Gesetzes für gemeinsame Sicherheit, Vorwurf an die Sowjetunion, den Freundschaftsvertrag mit Nationalchina gebrochen zu haben, und 20-Jahre-Friedensplan von Trygve Lie — sind fast alle unter großen Mehrheiten gegen den Sowjetblock zustande gekommen. Und was die Selbständigkeit der arabischen und asiatischen Staaten betrifft, so resultierte sie aus den Mittelost-Krisen. Das Palaver begann mit großer Spannung und endete im Katzenjammer — bei dem Leser der Berichte über die Versammlung.

#### Gebühren über Gebühr

Der Staat braucht Geld und die Gemeinden auch, viel und laufend. Das ist nicht neu! Neu aber sind Mittel und Methoden, mit denen man es in größerer Unverfrorenheit dem Bürger aus der Tasche probt. So wird mit verbildeter Argumentation die Last der Gebühren — jener Stempel-, Sonder-, Schreib-, Formularegebühren und wie die Schicksalsschläge von oben alle helfen mögen — um eine weitere vermehrt. Da wird die Geduld und der Geldbeutel des Betroffenen, der ohnehin schon achtmal soviel Steuern zahlt als 1914, ganz ungenutzt strapaziert. Der Bürger, welcher unter dem Motto „aus Papier bist du gemacht, zu Papier sollst du werden“ von der Geburts-

urkunde bis zum Totenschein für jede Bescheinigung, die Vater Staat von ihm verlangt und die er für ihn ausstellt, seinen Tribut entrichtet muß, das gibt, er kenne viel. Doch das jüngste Kind gebührenstrotzender Lüste, das kommt er mit. Die Schöpferszene ist hier unvermeidlich. So stimmte jetzt das Kabinett einer neuen Fallgebührenverordnung mit, wogoch künftig ein Reisepaß acht DM gegen bisher drei DM kosten soll. Die Gebühren für Sichtvermerke zur einmaligen Einreise werden sich auf sechs, für mehrmalige Einreisen auf zwölf DM. Nun, wer reisen will, braucht Geld. Das war schon immer so. Auch das Formular, auf welchem ganz Unbermittelte ihren Soforthilfesatz stellen dürfen, ist nicht unmaß. Jeder Austausch am schwarzen Brett fordert seinen Obolus, ganz zu schweigen von jenen Ausgaben für Aufenthaltsbescheinigungen, Führungszeugnis, Geburts-, Tauf- und sonstigen Akten, welche in vorerwähnten Optimismus der Jugend am Opferstein der Städtewirtschaft dargebracht werden. Und jetzt wurde von Bund und Ländern beschlossen, auch noch die Städtewirtschaft zu erhöhen. Dies alles unter dem Motto: sahe und dulde! Denn der Segen des Staates ist zwar nicht billig, aber leider dringend notwendig. Wer jedoch gewillt ist, Widerstand zu leisten und sich durch die verschlungenen Pfade bundesrechtlicher und kommunalen Unterholens durchzusetzen, der kann bei Verwaltungsgerichten und Dienstaufsichtsbehörden Beschwerde einlegen. Doch auch hier — man sollte es fast nicht für möglich halten — stolpert er wieder ganz ungebührlich über die Gebühren.

## Heute Offenbachs Klage vor dem BVG

### Beschwerde wegen des Gesetzes zu Artikel 131

Der Bundestag verabschiedete am 11. Mai 1931 nach ebenso langwierigen wie schwierigen Beratungen das Gesetz zur Regelung des Rechtsverhältnisses der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen.

Mit der Frage ob Teile dieses Gesetzes oder einzelne seiner Bestimmungen mit dem Bonner Grundgesetz in Widerspruch stehen, befaßt sich heute der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts erstmalig, aber infolge der bei der Durchführung des Gesetzes von Tag zu Tag immer zahlreicher auftretenden Grundverletzungen, bestimmt nicht letztmaltig. Anlaß dazu ist die Verfassungsbeschwerde der Gemeinde Offenbach/Main. Ihr Antrag geht dahin, die Paragraphen 11 bis 18 des Gesetzes für verfassungswidrig und damit für nichtig zu erklären.

§ 11 des Gesetzes bestimmt, daß neben dem Bund, den Ländern u. a. auch „Gemeinden mit mehr als dreitausend Einwohnern“ zur Unterbringung des im Gesetz bestimmten Personenkreis verpflichtet sind mit der Maßgabe, daß die Aufwendungen für die Unterbringung der an der Unterbringung teilnehmenden Personen mindestens 20% des gesamten Besoldungsaufwandes erreichen müssen (§ 12) und daß weiter ihre Zahl mindestens 20% der Gesamtzahl der Planstellen jedes Dienstjahres betragen muß (§ 13). Soweit innerhalb von drei Monaten der Pflichtanteil des Besoldungsaufwandes nicht erreicht ist, haben die Unterbringungsstellen eine „Ausgleichsgebühr“ zu den

Bund zu zahlen (§ 14). Schließlich sieht § 16 bei Ernennungen und Beförderungen einen Genehmigungsvorbehalt der obersten Landesbehörden vor und § 17 enthält Strafvorschriften bei Zuwiderhandlungen.

In allen diesen Gesetzesvorschriften sieht die Stadt Offenbach eine Verletzung ihrer Personhoheit und damit einen Verstoß gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden gewährleistenden Artikel 28 des Grundgesetzes.

Zudem verlange der Gesetzgeber mit seiner Forderung auf Besetzung von 20% ihrer Planstellen mit dem dem Personenkreis des Gesetzes Angehörigen innerhalb von drei Monaten etwas auch schon technisch Unmögliches, da diese Auflage nur durch unzulässige Massenerlassungen anderer Personen erfüllt werden könne. Er handle deswegen sittenwidrig, wenn er den Gemeinden bei Nichterfüllung dieser Auflage die Zahlung einer Ausgleichsgebühr zumute. Auch stelle die Unterbringung der vom Gesetz betroffenen Personen eine Kriegsgelast dar, die nach Artikel 129 des Grundgesetzes vom Bund zu tragen sei und nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden könne.

Der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über den Antrag der Stadt Offenbach, zu dem auch ein umfangreiches Rechtsgutachten des „Deutschen Städtetages“ vorliegt, sehen nicht nur die unterbringungsstellenpflichtigen „Dienstherren“, sondern vor allem auch die vielen Tausende der aus dem Gesetz Berechtigten mit Spannung entgegen.

## Sie schlitzen ihm die Taschen auf

### Dramatische Flucht aus der Stockholmer Sowjetbotschaft

Stockholm (dpa). Ein 25jähriger, Lette floh am Dienstag aus der Sowjetbotschaft in Stockholm. Zwei sowjetische Diplomaten versuchten vergeblich, ihn an den Hockschlöffen festzuhalten. Der Lette schrie: „Ich werde verfolgt“ und rannte seinen Verfolgern davon. Ein Kraftfahrzeug der Sowjetbotschaft versuchte, den Flüchtling einzuholen. Der Lette, ein Holzarbeiter, entwichte jedoch an einer Straßenecke in eine Nebenstraße und suchte in einer Werkstatt Zuflucht. Die beiden Sowjetdiplomaten und die Insassen des Kraftwagens benutzten vor der Tür Posten und sahen sich erst zurück, als ein Überfallwagen der Stockholmer Polizei eintraf.

Der Lette, dessen Name noch geheimgehalten wird, war in der vergangenen Woche nach Stockholm gekommen. Wie er der Polizei mitteilte, traf er dort einen anderen Letten, der sich erbot, ihm Unterkunft zu verschaffen. Erst als er im Gebäude war, merkte er, daß es sich bei der Unterkunft um die Sowjetbotschaft handelte. Er wurde, wie er weiter berichtete, von fünf Mann angegriffen, die ihn erdrückten, er solle zum Flughafen gebracht und in die Sowjetunion befördert werden. Ein

Messer, mit dem er sich zur Wehr setzen wollte, wurde ihm abgenommen. Seine Ankleider schlitzen ihm die Taschen auf, um nach „geheimen Briefen“ zu suchen. Schließlich gelang es dem Letten, die Angreifer abzuschießen und aus dem Botschaftsgebäude auf die Straße zu gelangen.

Elsässer erzählt: Noch deutsche Kriegsgefangene in Rußland

Stralburg (dpa). Der dieser Tage aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Elsässer Pierre Stephan erklärte bei der Ankunft in seiner Heimatgemeinde Salmbach, er sei zuletzt in einem Lager bei Kiew gewesen. In diesem Lager befanden sich neben verschiedenen Ausländern noch etwa 300 Deutsche. Der elsässische Heimkehrer fügte hinzu, die Insassen des Lagers wußten nicht, warum man sie zurückhielt. Sie gäben nicht als Kriegsverbrecher. Nach den Erklärungen des Elsässers war das Leben im Lager schwer und die Arbeit hart. Die Ernährung habe sich in letzter Zeit merklich verschlechtert.

# Zwölf Opfer von Gewinnsucht und Spilleidenschaft

## Der größte Metalldiebstahlprozess Südwestdeutschlands vor der Strafkammer

Karlsruhe (H.F. - Fig. - Ber.). Vor der Großen Strafkammer des Landesgerichts Karlsruhe ringt gestern der größte Metalldiebstahlprozess Südwestdeutschlands in Saale. Zwölf Angeklagte, darunter drei Ehepaare, der Spilleidenschaft und Gewinnsucht verteilten, schildern, wie sie vom Februar bis Oktober vergangenen Jahres in Baden, Württemberg und Südbaden fünf Tonnen Leitungsdraht in „nächtlichen Einsätzen“ aus dem Netz der Bundespost oder den Elektrizitätswerken einer Anlage gegen die Bezahlungskasse der Stadt Karlsruhe.

Unter allen Angeklagten nahm das Ehepaar Wilhelm Kiefer eine Sonderstellung ein: mehr noch als ihr Mann, die von ihm getrennt lebende Frau Maria Kiefer. Nur ihre Diebstahlfahrten hatten sie zuweilen zu Verbündeten gemacht. Diese Maria Kiefer war der spiritus rector. Eine goldgierige Person, die es immer wieder verstand, mittellose Spieler durch Drohungen oder Versprechungen gefügig zu machen. Ihren Mann, der halbes Spiel, was dagegen eine klägliche Rolle eingenommen worden, obwohl er mit den Diebstahlfahrten begannen hatte. Seine Frau setzte später dieses Treiben oft auf eigene Faust fort und übertraf ihn noch an Schlich und Skrupellosigkeit.

Auch das Ehepaar Franz Ballas durch die Spielclubs mit den Kiefern bekannt geworden, war selbständig oder mit ihnen zusammen auf nächtlichen Unternehmungen. Zur Ausrichtung des Kiefern geschickten, Gutmütigkeitschube und Isolierung. Durch das schändliche Treiben waren Fabriken und öffentliche Anlagen tagelang lahmgelegt worden.

Um diese beiden Paare bildeten sich Trabanten wie das Ehepaar Kurt Scholl, der Kartencroupier Karl K., die Spielerin Werber Gans, Antonius Moritz und der Händler Erwin Schöfel aus Kärnten, noch einem Angestellten Karl H. wird die Anlage Reihens vor. Fünf Tonnen Leitungsdraht waren in 45 Einsätzen erbeutet worden. Händler Schöfel hatte in diesen Monaten einen Umsatz von 80.000 DM.

Die Bande, die meistens mit drei Personen arbeitete (ein Fahrer, ein Akkupierer und einer, der den Draht aufrollte), fuhrten morgens in Mörch bei Schöfel vor, wo ihnen 300 bis 400 Mark, manchmal auch mehr bezahlt wurde. Das Geld teilte man sich. Ein großer Teil wanderte wieder in Spielkassens. Die ersten drei Einsätze machte man mit eigenem Wagen. Als dieser vor die Hunde ging, mietete man sich jeweils eine Volkswagen, um mit ihm nach Donaueschingen, nach Freudenstadt, nach Emmendingen, ins Hanauerland, nach Stuttgart, Biberach, Liebelszell oder nach Calw zu kommen. Man machte das ganze Land umher.

Frau Ballas erklärte, sie habe alles aus Liebe zu ihrem Mann getan. Ihr Mann spielte sehr hoch und sehr gewagt. Er verlor fast immer! Ihn hatte das Spiel ebenso fest gemacht, wie Wilhelm Kiefer. Aus welchen Motiven heraus Frau Maria Kiefer so gewinnstüchtig war, ist noch nicht geklärt. Obwohl sie nur wenig spielte, war sie ständig in Geldverlegenheit.

Als sie sich von ihrem Mann trennte, dem sie immer mit der Polizei drohte hätte, wandte sie sich an Kurt Scholl und drohte ihm Intimitäten, die zwischen ihnen herrschten, seiner Frau zu berichten. Idi habe das alles nur widerwillig getan, gestand Scholl. Aber sie hatte sich nicht getraut, als das Geld der Bande gelöst würde. Ganz und Moritz lockte sie zu einem „Ausflug“ mit, weil sie ihnen erzählt hatte, sie wolle in Offenburg einen Spielclub gründen und beide als Croupiers anstellen. Aber als sie plötzlich im Odenwald waren, wollte keiner der beiden so richtig mitmachen. „Ihr seid Feiglinge“, sagte die Kiefer „und keine Männer“. So gingen beide ebenfalls auf die Maaten. Die Kiefer fuhr oft

neben dem Fahrer, um festzustellen, an welchen Stellen die meisten Leitungen gespannt waren. Dann arbeitete sie wieder mit ihrem Mann zusammen, den sie in der Verhandlung mit Herrn Kiefer bezeichnete. Ewartcroupier K. schloßerte, daß sie ihm sogar, als Schöfel in Mörch die Beute ausbezahlt hatte, den Anteil wieder entriß und ihm sowie ihrem Mann drohte, jetzt zur Polizei zu gehen.

In gewissen Spielclubs wollte man einiges über die nächtlichen Ausflüge im Zorn machte die Kiefer oft Andeutungen.

Dachte man zu Beginn des Prozesses, Wilhelm Kiefer hätte das alles arrangiert, so mußte man sich bald berichtigen. Denn was Energie und Tatkraft anbelangt ist: „Die Frau wußte vor der Vielzahl der Fälle gar nicht mehr vor und mit wem sie geschäft hat.“ Großer Verdacht war sich die Erklärung des Angeklagten Ballas. Er meinte im Hinblick auf die Diebstahle, das wäre das einzige, um rasch zu Geld zu kommen. Wilhelm Kiefer war bereits 1926 wegen Teilnahme an 21 Einbrüchen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Verurteilt wegen Falschspiels sind die Angeklagten Franz Schuster und der Grieche Moritz. Schuster war deswegen mit auf nächtliche Tour gegangen, weil er gerade aus dem Gefängnis kam und mittellos war.

Frau Ballas wurde von ihrem Mann mitgenommen, weil er sie als erste Hilfe bei den gefährlichen Unternehmungen einsetzen wollte. Das Ehepaar macht in aller Ruhe seine Geldstände. Frau Scholl allerdings bestreitet. Sie war wohl mitgefahren, will aber nicht gestehen haben, zu welchem Zwecke man in abgelegenen Gegenden fuhr und warum sie allein im dunklen Wagen warten mußte; mehrere Stunden lang.

Wo sie sowieso Verdacht auf ihren Mann und die Frau Kiefer hatten, ließen Sie sie so ohne weiteres ins Dunkle gehen? Das ist schwerlich zu glauben“, sagte Landesgerichtsdirektor Dr. Ernst, der soeben wie immer den Vorsitz der Strafkammer führt.

Neun Verteidiger stehen vor den zwölf Angeklagten. Der Saal war schon am frühen Morgen mit Publikum überfüllt. Unter ihm sehr viele Spieler und Falschspieler. Heute wird der Prozeß fortgesetzt.

### Warnstreik bei Daimler-Benz

Mannheim (Fig. Ber.). Gegen die westdeutsche Hemmungsrichtung protestierten gestern vormittag sämtlich 499 Beschäftigte der Daimler-Benz-AG, Mannheim-Waldhof in einem viertelstündigen Warnstreik.

### Bosch-Entlohnung beendet

Stuttgart (Fig. Ber.). Das Entlohnungsverfahren gegen die Firma Robert Bosch GmbH, Stuttgart, ist durch eine Neuordnung der Dezentralisation und Industrial, Dezentralisation beendet worden. Gleichzeitig hat Bosch seine Forderung gegen frühere Anordnungen zurückgezogen. Auf Grund der neuen Anordnung muß die Firma ihre Beteiligung an der Nord-Zünd-Licht AG, (Elektrischer Kraftfahrzeug-Zubehör und ein Aktienpaket der Adler-Werke AG, veräußern sowie drei außerhalb Stuttgart gelegene Fabrikationsstätten auflösen. Ferner muß Bosch an seinen Patenten auf den Hauptarbeitsgebieten auf Antrag eine teils unentgeltliche, teils gebührentpflichtige Lizenz zur Fabrikation in Deutschland einräumen.

Der Firma Bosch verbleiben noch acht Tochtergesellschaften sowie zwei Grundstücksverwaltungen. Unter den ersten befinden sich die Blumwerkwerke, die Junker & Co., Stuttgart, die Trilke-Werke, Hildesheim.

### Göttinger Professoren bedauern

Göttingen (dpa). Achtundvierzig Göttinger Professoren und Dozenten bedauerten in einer Erklärung zu den Vorgängen bei der Göttinger Aufführung des Marjan-Filmes „Hanna Aron“ am 23. Januar, daß es läblich wie in Freiburg zu antisemitischen Äußerungen und Tätlichkeiten gegen Studenten gekommen sei, die für den Frieden mit Israel demonstriert hätten. Insbesondere verurteilten die Professoren die schweren Überfälle offenbar organisierter Schlägertruppe auf Studenten. Gleichzeitig sprachen sie ihr grundsätzliches Einverständnis mit den Motiven der Demonstration aus.

### „Wie Sardinen in der Büchse“

Washington (AP). Vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses sagte der Autor des Geheimberichts über den Massermord in Katyn, Oberst John von Vliet, am Dienstag aus, daß nach seiner Ansicht die Russen für die Ermordung von 10.000 polnischen Offizieren und Soldaten verantwortlich seien.

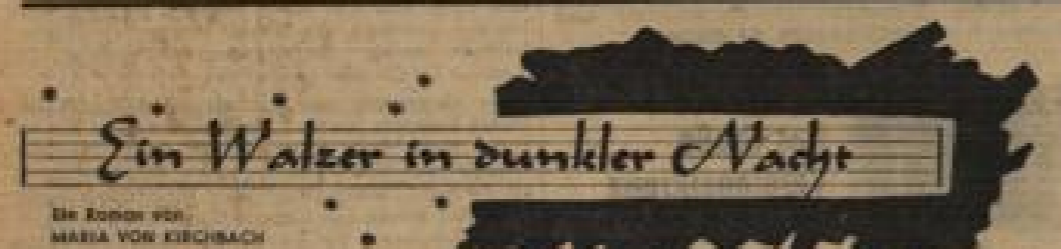
Von Vliet erklärte, er sei damals als Kriegsgefangener unter deutscher Bewachung nach Katyn gebracht worden, um sich die Massengräber anschauen. Obwohl er zunächst übermüdet gewesen sei, daß die Deutschen die Morte begangen hätten, habe er diese Ansicht revidiert, als er bemerkte, daß die Uniformen und Stiefel der toten Toten fast neu gewesen seien. Aus seiner deutschen Gefangenschaft habe er aber gewußt, daß sich Stiefel und Kleidung im Lager sehr schnell abnutzen und nur schwer umzutauschen gewesen seien. Dieser Umstand habe ihn überzeugt, daß die Polen kurz nach ihrer Gefangennahme 1940 von den Russen ermordet worden seien. In den 230 m tiefen Gräbern hätten die Polen in acht Schichten „wie Sardinen in der Büchse“ übereinander gelegen.

### Belgischer Senat billigt Schumanplan

Brüssel (dpa). Der belgische Senat billigte am Dienstagmorgen nach einer vierstündigen Debatte mit 102 gegen 4 Stimmen und bei 56 Enthaltungen der Sozialisten den Schumanplan über die Bildung der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft.

Die außenpolitischen Ausschüsse des belgischen Senats und der Abgeordnetenkammer haben am Dienstag einstimmig die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die Atlantikpaktorganisation gebilligt.

Ebenso hat der Außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung am Dienstag mit 30 gegen 9 Stimmen die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die Atlantikpaktorganisation gebilligt.



Ein Walzer in dunkler Nacht  
Die Komposition von MARIA VON KIRCHBACH  
1. Fortsetzung

Man ergreift für und wider sie Partei, niemand möchte sich mehr Objektivität zu bewahren. Man schloß Wetten über den Ausgang des Prozesses ab.

Es war bekanntgeworden, daß der Advokat Lorenzo Mattel, einer der ersten Anwälte Roms, die Verteidigung der Angeklagten übernommen hatte. Das gab den wenigen Freunden der Frau Landi, die um sie bangten, Hoffnung. Inzwischen befand sie sich im Untersuchungsgefängnis. Sie sah nichts als das geliebte Gewölbe ihrer Zelle und ein Fensterreißer, durch das ein Stück Märzminimel, bald blau, bald rot, wogelagerte, blühte. Einmal täglich durfte sie kurze Zeit in einem unmauerten Hof auf und ab gehen. Den Rest des Tages verbrachte sie in ihrer Zelle, wo sie die Besuche ihres Anwaltes oder seines Vertreters empfing, oder man geleitete sie über lange Gänge zum Zimmer des Untersuchungsrichters, der ihr immer neue Fragen stellte.

An diesem Tag kam Claudio Pasquali, der junge Sohn des Advokaten Mattel, zu ihr. Es war draußen ein schöner Frühlingstag. Als der Wärter Claudio Pasquali einließ, hatte Elma Landi sich von dem eisernen Bett erhoben. Ihr Gesicht mit dem blassen Mund, den schwermütigen, fast gelben Augen, ihr dunkles, von rötlichen Lichtern überspültes Haar, die wie aus Elfenbein geformten Hände, all das beführte den jungen Mann tief, heute zum erstenmal.

Mattel sah den Fall nicht besonders günstig. Ein war Frau Landi von vornherein unympathisch gewesen. Bisher hatte Pasquali unbekannt die Vorurteile Mattels überwinden. Als er aber an diesem Tag die Zelle betrat, empfand er Mitleid. In den Straßen lag die Sonne. Die Frauen gingen dort mit glänzenden Augen und geschmeidigen Gliedern, eine einzig hübsche Verlockung. Die Märkte waren bunt von ersten reifen Früchten. Hier aber war tiefe Stille. Die weißen Wände waren kaum von dem goldenen Licht der Frühlinge bestrahlt. Das eiserne Bett, ein Tisch, zwei Stühle, ein braungelblicher Boden. Eine junge blonde Frau in schwarzem Kleid. Und in einem Steinring die roten Rosen, deren Duft in die Stille strömte.

„Ich fühle mich heute nicht sehr wohl“, sagte Frau Landi und senkte die Augen.

Claudio Pasquali war seitsam befangen. „Doktor Mattel konnte nicht kommen. Er mußte plötzlich nach Perugia“, rechtfertigte er die Abwesenheit seines Chefs.

„Es macht nichts“, sagte Frau Landi und deutete mit müder Bewegung auf einen der Stühle. „Ich glaube, Mattel ist mein Fall zuwid.“

„Aber keineswegs, Signora. Mattel wird alles für Sie tun, was in seinen Kräften steht.“

Frau Landi machte eine hoffnungslose Geste. „Wann, denken Sie, wird der Fall vor Gericht kommen?“

„Soweit ich weiß, Ende April oder in der ersten Woche des Mai. Wir haben uns bemüht, einen möglichst frühen Termin zu erreichen.“ Er sah sie mit seinen blauen Augen voll großen Ernstes an. Aber er lächelte dabei. Sein Lächeln war beruhigend, es hatte einen eigenen Zauber.

„Ich wünschte, Sie könnten meine Verteidigung übernehmen, Dottore Pasquali“, sagte Frau Landi.

„Er bedauerte. Das geht nun leider nicht, Signora. Da Mattel nun einmal...“

„Heute morgen“, klagte sie, „war ich wieder zwei Stunden beim Untersuchungsrichter. Er fragte mich über mein Verloben bis zum ersten Lebensjahr aus. Warum betrachtet man mich als eine Mörderin?“ Sie war dem Weinen nahe.

„Das Gericht kann Ihrer Aussage Glaubwürdigkeit oder nicht. Es gibt viele Motive einer solchen Tat: Gewinnsucht, Leidenschaft für einen anderen oder auch Haß.“

Frau Landi verkränkte erregt ihre Hände. „Wie soll ich beweisen, daß ich schuldig bin, daß nur der Schein gegen mich spricht, daß ich meinen Mann geliebt und verehrt habe, daß ich ihn nicht getötet habe, weil ich ihn beerben

wollte oder weil ich einem anderen Mann liebte? Ich kann mir doch nicht die Beute ausbezahlen, um mein Herz zu erigen.“

„Dann, Signora, muß der Richter jede noch so kleine Spur verfolgen, für einen Angeklagten und gegen ihn.“

„Und wenn es mir nicht gelingt, mich von Verdacht zu befreien? Werde ich verurteilt werden? O mein Gott, ich habe keinen Mut, kein Zuversicht mehr.“

„Sie müssen neuen Mut finden, Signora.“ Pasquali legte seine warme Hand auf ihre kalten Finger. Sie wollte lautlos, aber ihre Schultern bebten. Sagte sie die Wahrheit? Pasquali hatte schon viele Frauen gesehen, die Komödiantinnen des Schmerzes waren, und zuerst sich täuschen lassen.

Aber Frau Landi, die so schamhaft weinte, rührte ihn. Einmal hatte er sie spielen hören, bei einem Wohlthatenfest. Ne würde er die leidenschaftliche Sätze und Klänge ihres Bogenstrichs vergessen, die das zurückgeworfene Haupt und das Gesicht, in dem die Musik zu leben schien.

„Wenn Sie nicht, Signora“, sagte er, „Ich habe noch einige Fragen mit Ihnen zu besprechen. Wenn Sie sich ein wenig sammeln könnten!“

„Ich kann nicht mehr“, fließ Frau Landi hervor. „Ich kann nicht mehr. Heute nicht mehr. Gehen Sie, bitte! Verzeihen Sie, es sind diese Rosen. Maj soll sie fortnehmen. Kommen Sie morgen wieder, bitte. Ich bin heute krank.“

Pasquali verbeugte sich. Als er über den langen stillen Gang schritt, glaubte er das erdrückte wilde Weinen der jungen Frau noch zu hören.

denkbarsten Pasquali mit den schwarzen Feuerzügen Einzelgänger auf, die von der übrigen Familie sich durch lange Glieder, blaue Augen und blondes Haar unterschieden. Einer dieser blonden Pasqualis war Claudio. Neunzehnjährig ging er, nach Bologna und machte dort sein Doktorat in der Rechtswissenschaft. Er verlobte sich mit einer jungen Studentin. Wenige Monate später starb diese Francesca an den Folgen eines Sturzes mit einem Wagen, den ein durchgehendes Pferd hinter sich hertrieb. Claudio Vater schickte ihn dann ein Jahr lang auf Reisen. Als Claudio zurückkehrte, kaufte er ihn in das Anwaltsbüro seines Freundes Mattel ein.

Er war inzwischen neunundzwanzig geworden. Er wohnte bei seiner Lieblingschwester Nora und deren Mann, dem Grafen Bianchini, einem Industriellen. Das Haus lag gegenüber der Villa Borgese, die beiden Zimmer Claudios gingen auf die Borgese-Gärten hinaus. Er schief in einem schwarzen Bett mit vergoldeten Löffelstücken, in dem Napoleons Schwester Pauline gehabt haben sollte, und wusch sich die Hände in einem Becken aus kobaltblauer Porzellan, das in einer Waschluge aus rotem Pflasterholz eingelassen war. Er hatte sich eine riesige Remisantenruhe angeschafft, in die er seine Bücher verstaute. Über einem Alabasterkamin hing ein Seestück von Canaletto.

Diesem Heim strebte Claudio nun zu. Auf der Piazza di Spagna rauschte der Brunnen. Claudio dachte sich, er könne einmal in der Teestube nachsehen, ob Miss Parkinson dort sei. Ruth Parkinson, eine junge Amerikanerin, war die einzige Frau, dererwegen man Claudio hie und wieder meckte. Sie war schön, amüsan, träge und machte sich nichts aus Geld. Allerdings hatte sie so viel davon, daß es ihr anstand, es zu versuchen.

(Fortsetzung folgt)











Lieber Heini!

Wie Du ganz richtig erraten hast, hat der Herr Lehrer Deinen ersten Brief, den wir am Montag in dieser Spalte veröffentlichten, wirklich beim Kaffeetrinken gelesen. Nachdem dann die Anmeldung von Euch A.D.C.-Schülern vorbei und die Schule an diesem Tag zu Ende war, hat er sich gleich daran gemacht, Deinen Brief zu beantworten. Denn auch der Herr Lehrer hat einige Wünsche an Dich und Deine Eltern auf dem Herzen. Was das wohl sein mag? Die Ulla vom dritten Stock oder Dein großer Freund Ludwig werden es Dir sicher gern erzählen.

Deinen Brief habe ich am letzten Montag in der Zeitung gelesen und mir Deine Wünsche in mein Notizbuch geschrieben. Auch mit anderen Lehrern und Lehrerinnen habe ich gesprochen und wir sind der Meinung, daß Deine drei Wünsche ganz in Ordnung sind. Ich verspreche Dir also, daß Du auch in der Schule „Heini“ bleiben sollst. Ob Du aber jeden Tag eine neue Geschichte erzählt bekommst, hängt auch von Dir ab. Du mußt eben lieb sein und mir auch sonst keinen Ärger bereiten. Wenn ich halt jeden Tag nachsehen muß, ob Du saubere Fingernägel und saubere Hände in die Schule mitbringst und ob Du im Lesebuch Selbst übst, oder wenn Du zu spät in die Schule kommst oder gar Deine Hausaufgaben „vergessen“ hast, dann geht jeden Tag soviel Zeit verloren, daß wir nicht mehr zum Erzählen kommen.

Wenn Du nun nach Ostern in die Schule kommst und wir nicht mehr im Kindergarten, sondern in der Schule „spielen“, dann mußt Du auch mitmachen und aufpassen. Du gibst kein Besondere, denn wir wollen mit unserem Spiel nicht die Zeit vertreiben, sondern etwas dabei lernen.

Und dann habe ich noch eine Bitte an Dich, lieber Heini: Ich kenne Deine Eltern nicht und auch nicht die von Deinem Freund Fritz. Aber sage ihnen bitte einen recht schönen Gruß von mir und sie sollen Euch in Ruhe die Hausaufgaben machen lassen; und wenn sie etwas mit dem Heren haben, sollen sie mich mal in der Schule besuchen bevor sie hinten rum schlüpfen. Denn vielleicht erzählst Du Deine Erlebnisse daheim doch ein wenig anders als sie sich wirklich abgespielt haben. Ich bin Dir nicht böse, deshalb, aber wenn Dein Vater von mir verlangt, daß ich höflich und freundlich zu Dir und zu ihm bin, dann mußt er sich eben auch zu mir sein.

Und nun wünsche ich Dir bis zu unserem Wiedersehen am 13. April alles Gute. Sei schön lieb, damit Dir der Osterhasen einen Bückchen bringen kann. Auch an Deinen Freund Fritz einen schönen Gruß von Deinem Lehrer.

Das Große Verdienstkreuz für Oberbürgermeister Friedrich Töpper

Minister Dr. Veit: „Er hat sich im Dienst verzehrt“ - Das Gesuch um Zuruhesetzung angenommen

Der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Wirtschaftsminister Dr. h. c. Herman Veit, überreichte gestern im Auftrage des Bundespräsidenten dem aus dem Dienst scheidenden Karlsruher Oberbürgermeister Friedrich Töpper die höchste Auszeichnung, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. Dr. Veit, der dem Oberbürgermeister die Auszeichnung am späten Abend in Begleitung von Bürgermeister Heurich, weiteren führenden Männern der Stadtverwaltung und Abgeordneten der Stadtratsfraktionen überbrachte, hatte in der vorausgegangenen öffentlichen Stadtratsitzung bekanntgegeben, daß das Gesuch des Oberbürgermeisters um seine Zuruhesetzung genehmigt wurde.

Im neuen Bundesland einer guten Zukunft entgegenzuführen.

Bürgermeister Heurich versprach namens der Stadtverwaltung, alles zu tun, um den Wiederaufbau der Stadt weiterzuführen. Er hat den Minister, dem Bundespräsidenten und der Landesregierung den Dank für die Ehrung ausgesprochen, die durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes für den scheidenden Oberbürgermeister auch der Stadt Karlsruhe zuteil wurde.

Nach der Stadtratsitzung begaben sich Minister Dr. Veit, Bürgermeister Heurich, die Deserenten und andere maßgebliche Männer des Bürgermeistersamtes zusammen mit Abgeordneten der Fraktionen in die Wohnung von Oberbürgermeister Töpper. In Anwesenheit der Familie verließ Dr. Hermann Veit dem scheidenden Oberbürgermeister unter herzlichsten Worten des Dankes und unter Würdigung seiner Verdienste die ihm verliehene Auszeichnung. Es war ein erschütternder Augenblick, als Friedrich Töpper zugleich mit dem Großen Verdienstkreuz die Gewißheit erhielt, daß er nun sein Amt als Oberbürgermeister endgültig abgegeben muß. In letzter Erkenntnis und kaum eines Wortes mächtig, nahm Friedrich Töpper beides entgegen: die höchste Ehrung der Bundesrepublik und die Mitteilung, daß seinem Gesuch um Zuruhesetzung stattgegeben wurde.

Dreißig Meter durch die Luft geschleudert Radfahrer schwer verletzt

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern Abend kurz vor 10 Uhr auf der Eitlinger Straße in Höhe des Festhallenplatzes. Ein aus der Schützenstraße kommender Radfahrer bog zunächst in die Eitlinger Straße und dann nach wenigen Metern nach links zum Festhallenplatz ein. Dabei wurde er von einem Karlsruher Personenkraftwagen, der in Richtung Eitlinger Tor fuhr, in voller Fahrt erfaßt und etwa 30 Meter durch die Luft geschleudert. Der Radfahrer - es handelt sich um einen 39jährigen Reichsbahn-Inspektor aus dem Weierfeld - erlitt eine Gehirnerschütterung und sehr wahrscheinlich einen Schädelbruch. Er besteht Lebensgefahr. Wie heftig der Zusammenstoß war, geht aus dem Bericht hervor, daß der Pkw erheblich beschädigt wurde. - Unser Bild: Jugendliche Passanten vor dem Fahrrad des Verunglückten. Foto: Schlotter.



terung und sehr wahrscheinlich einen Schädelbruch. Er besteht Lebensgefahr. Wie heftig der Zusammenstoß war, geht aus dem Bericht hervor, daß der Pkw erheblich beschädigt wurde. - Unser Bild: Jugendliche Passanten vor dem Fahrrad des Verunglückten. Foto: Schlotter.

Ein Bollwerk für die Jugend

Wie das Albertus-Magnus-Haus gebaut wurde - Materielle und ideelle Bausteine

Tausend Deutsche Mark sind eine schöne Stange Geld, vor allem dann, wenn sie großzügig zur Verfügung gestellt werden. Kein Wunder, daß die Leitung des Kath. Studentenheimes in der Hirschstraße, dem diese Spende zuteil werden sollte (und inzwischen auch wurde) wieder einmal aufatmen konnte.

Aber die Sache hatte einen Haken. Denn an diese Spende aus dem McCloy-Fonds, für die sich in dankenswerter Weise der US-Resident Officer Gardner einsetzte, war die Bedingung geknüpft, daß der Empfänger, einen ebenso hohen, von ihm selbst aufgebrachtigen Betrag nachzuweisen hat. Da machte sich Peter Frubhofer, der zugleich Studentenleiter und Leiter des Studentenheimes ist, auf den Weg, ging zu seinen Freunden, rief die 36 Studenten des Heimes auf und trug in drei Wochen buchstäblich Mark um Mark zusammen, bis das Bankkonto auf 1000 DM laute. Damit war auch die Spende aus dem McCloy-Fonds gesichert, so daß es mit Hilfe der nun 2000 DM möglich sein wird, die Einrichtung zu vervollständigen.

Was sind indessen, so wird man einwenden, 2000 DM für ein Gebäude wie das Katholische Studentenheim „Albertus-Magnus-Haus“, das mit seinen fünf Stockwerken und seiner Einrichtung einen ganz beachtlichen Wert hat? Freilich, an diesem Maßstab gemessen, ist der Betrag kaum erwähnenswert. Er gewinnt jedoch erheblich an Bedeutung, wenn man um die zahllosen materiellen und ideellen Bausteine weiß, die notwendig waren, um aus dem schwer beschädigten Haus ein wohnliches Heim zu machen.

Es begann damit, daß sich Peter Frubhofer bald nach Kriegsende nach einem Heim für Studenten umsah. Das Haus Hirschstraße 143, das der Abteilung Kultur und Unterricht unterstellten Badischen Stiftungsverwaltung gehörte, schien ihm für diesen Zweck geeignet, obwohl es schwer beschädigt war. Man gründete 1947 kurz nach dem eingetragenen Verein, dem das Haus zu einer Jahresmiete von 8000 DM verpachtet wurde.

Und dann ging es an die Arbeit. Die damaligen Studenten, von denen einer - „Opas“ genannt, obwohl nicht der älteste - noch heute dort wohnt, griffen fest zu, so daß das nach dem großen Naturwissenschaftler Albertus Magnus benannte Haus bereits am 15. 11. 1947 bezogen werden konnte. Zum Ausbau des fünften Stockwerkes im Herbst 1951 steuerte das Solofürsorgeamt 20 000 DM bei, da allein 20 der 36 Studenten Flüchtlinge und auch die übrigen 16 so gestellt sind, daß ihnen durch Solofürsorge geholfen werden konnte. Für die ersten 1000

DM, die bereits im November 1950 aus dem McCloy-Fonds zur Verfügung gestellt wurden, kaufte man die so notwendigen Stühle. Auch die übrige Einrichtung kam mit der Zeit zusammen, und dennoch fehlt noch so manches Unentbehrliche. So wird beispielsweise die eingangs erwähnte zweite Spende aus dem McCloy-Fonds zum Kauf von Schränken und Bücherregalen verwendet. Aber auch das Haus selbst - mit Ausnahme des neuen fünften Stockwerkes - verdrängt noch immer Geld, was durch die zum Teil dringenden Reparaturen bedingt ist.

Im übrigen ist das Albertus-Magnus-Haus alles andere als ein Internat. Ihre Ein- oder Zweibettzimmer können sich die Studenten selbst einrichten, ja, sie haben sich sogar die Hausordnung selbst ausgearbeitet. Für jedes Semester wählen sie sich drei Vertrauensleute, die der Heimleitung zur Hand gehen.

So ist es betriebs selbstverständlich, daß das Heim auch Studenten anderer Konfessionen als der katholischen offensteht. Die ersten Bewohner des katholischen Studentenheimes waren beispielsweise zwei protestantische Brüder.

Kein Zweifel, das Albertus-Magnus-Haus, von dem man bisher kaum etwas gehört hat, verdient Beachtung und Förderung. Denn in dieser an Worten armen und an Phrasen reichen Zeit ist es ein zuverlässiges Bollwerk für die Jugend, die als Träger der Gemeinschaft von morgen vor großen Aufgaben steht. Ho.

KARLSRUHER KALENDER

Wohin gehen wir heute?

Bad. Staatstheater. Großen Haus: 19.30 Uhr „Jenny“, Oper von Leo Janacek mit Margarete Teschmacher u. G. (12. Vorstellung für die Platzkarte A und Irster Kartenverkauf) Ende 22.30 Uhr.

Die Insel, Waldstr. 3: 20 Uhr „Nackte Menschen“, Schauspiel von Dehli.

Ausstellungen. Stadt. Kunsthalle: Bilder des 18.-19. Jahrhunderts; Gemälde und Zeichnungen von Gustav Schönbauer, moderne englische Zeichnungen und Aquarelle; Sonderausstellung „Griechenland“ (18.-19. und 20.-21. Jh.); Bad. Kunstverein: Gedächtnisausstellung Oskar Hölz, Gemälde und Aquarelle, und Herrn Kupferschmid, Gemälde, Temperabilder und Graphik (18.-19. Jh.); Landesammungen u. Naturkunde (Friedrichstraße, Ring Hirschstr. 2 Vivarium (14-17 Uhr).

Liederspieltheater. Kurbel: Heidegger Romanen (Sonderausstellung: Vatikan) - Luxor: Rebecca - Pahl: Die Geardstörstin. - Rondell: Handiten am Scheideweg. - Schönbauer: Der letzte Schuß. - Atlantik: In der Hölle von Missouri. - Kammertheater Durlach: Königin einer Nacht - Markgrafenheater Durlach: Cinderella. Im Tal der Elber - Rheingold: Der Stolz der Kompanie. - Scala Durlach: Südes-Vagabunden.

Vereine. Arbeiter-Samariterbund: 20 Uhr, Leopoldstraße (Zimmer 2). Lichtbildvortrag „Die Geschichtskritik und ihre Folgen“ (Dr. Zimmermann) - Bund der Fliegergeschädigten: 20 Uhr, Wacht am Rhein, Diskussionsabend - Bund

Karlsruher Filmschau

Rondell: Handiten am Scheideweg. Der Schein irrt, denn dieser Columbia-Film ist besser als sein Titel. Ja, man könnte ihn sogar als ausgezeichnet in seinem Genre bezeichnen, wenn die Sympathie, die man für den zum Märder gewordenen Hauptdarsteller Randolph Scott in der Rolle eines Bandenführers empfindet, nicht so gefährlich wäre. Dieser Wildwest-Film - er hat (wieder einmal) seine Episode aus der Zeit der Kolonisation des „Wilden Westens“ zum Thema - enthält die leider nur angedeutete alte Lehre, daß eine frag- und strafwürdige Vergangenheit niemals im Dunkel des Vergessens zu verbannen ist. Begleitende Fotografie, straffe Regie und Dialoge sowie das beeindruckende Spiel der entscheidenden Virginia Huston und ihres männlich sympathischen Partners Randolph Scott rechtfertigen das Urteil, ein sehr anständiger Wildwestfilm. -de-

Welche Künstler werden unterstützt?

Zur Teilnahme deutscher Künstler an internationalen Musikwettbewerben erließ die Landesbezirksdirektion für Kultur und Unterricht eine Bekanntmachung, in der es u. a. heißt: In letzter Zeit ist mehrfach festgestellt worden, daß die künstlerischen Leistungen deutscher Teilnehmer an internationalen Musikwettbewerben im Ausland den dort gestellten hohen Anforderungen nicht gerecht werden. Um zu verhindern, daß das Ansehen der deutschen Kunst im Ausland geschädigt wird, sollen nur hochbegabte und gut ausgebildete Künstler im Ausland auftreten. Daher können nur solche im Landesbezirk Baden wohnende Bewerber durch Behörden oder auf andere Weise unterstützt werden, deren künstlerische Leistungen ganz erheblich über dem Durchschnitt stehen. Die Beurteilung der Leistungen behält sich die Landesbezirksdirektion für Kultur und Unterricht vor. Es wird gebeten, entsprechende Anträge rechtzeitig vorzulegen. Die Landesbezirksdirektion empfiehlt auch jenen Bewerbern, die einer staatlichen Unterstützung nicht bedürfen, von dieser Möglichkeit einer Begünstigung Gebrauch zu machen.

Hafenumschlag im Januar

Der Gesamtumschlag der Stadt, Rheinhäfen Karlsruhe betrug im Januar 144 486 t. Der gegenüber dem Vormonat (160 103 t) eingetretene Rückgang um 10 617 t ist auf eine Verminderung der Banstoffzufuhren zurückzuführen, eine Verminderung, die jahresdurchschnittlich liegt. Auf die Zufuhr entfielen 138 568 t (95,94 %), auf die Abfuhr 5 918 t (4,06 %). - Angekommen sind: Kohlen 100 304 t (103 199 t), Banstoffe 5 683 t (32 381 t), Getreide und Mehl 11 075 t (7 236 t), Mineralöle 11 302 t (8 117 t), Papier und Zellulose 2 465 t (1 700 t) und 5 109 t sonstige Güter. - Abgegangen sind: Schrott 4 704 t (4 133 t), Holz 874 t (1 155 t) und 2 640 t sonstige Güter.

Besatzungssoldat stört Gottesdienst

Die Eitlinger Bevölkerung ärmte auf, als vor einigen Monaten die Besatzungskaserne von den dort untergebrachten DP's geräumt wurde, weil sie sich endlich von den Inbrühen und ähnlichen unheimlichen „Besuchen“ jener Kar-

Kellerbrand in der Kriegsstraße

Die Berufsfeuerwehr wurde gestern Abend um 19.30 Uhr alarmiert, um in der Kriegsstraße 250 einen Kellerbrand zu löschen. Etwa anderthalb Stunden hatte die Feuerwehr, die mit einem C-Rohr arbeitete, zu tun, bis die Gefahr beseitigt war.

Winterfest der Gärtner und Blumenbinder

Der Krengärtnerverband und die Fachvereinigungen der Blumenbinder Karlsruhe hatten ihre Mitglieder und Freunde am Samstag zu einem Winterfest in der kleinen Saal der Stadthalle eingeladen. Opernsänger Ludwig Fischer hat mit der Zusammenstellung eines mit herrlichen Beifall aufgenommenen Programms bewiesen, daß man einen Abend sehr schön gestalten kann, ohne auf künstlerisches Niveau verzichten zu müssen. Gudrun Nierich, Harry Friedauer und Ludwig Fischer verbrachten fünfzig Minuten lang viel Temperament, Humour und Heiterkeit. Die Kapelle Hermann Stumpf hatte nicht weniger Anteil am guten Gelingen dieses Abends. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die einprägsame Ausschmückung des Saales, die von liebevollem Hände besorgt, einen würdigen Rahmen für dieses wohlgeleitete Familienfest abgab.

Die Meinung der Leser

Zu dem vor kurzem unter der gleichen Überschrift veröffentlichten Bericht erhielten wir aus unserem Leserkreis die nachstehende interessante Stellungnahme:

Die Diskussion um die Schulreform, die jetzt in einem Gesamtschritt der Kultusministerien von Württemberg-Baden greifbare Gestalt angenommen hat, trägt nicht zum statischen der Gemüter. Schon vor etwa zwei Jahren haben die Elternversammlungen mehrerer Karlsruher Schulen dagegen Stellung genommen. Diese Diskussion wird aber solange ohne signifikante Sätze bleiben, solange sie sich um die möglichen Folgen einer solchen Reform befragt, statt sich mit den Gründen der Hintergründe dieser Bestrebungen auseinanderzusetzen. Die amtlichen „Empfehlungen“ - gelegentlich hört man sogar von „amerikanischen Druck“ reden - mit denen die Reform begründet wird, sind nicht der wahre Hintergrund.

Der Gedanke der „Schulreform“ stammt schon aus einer Zeit, als von „amerikanischen Druck“ noch keine Rede sein konnte. Überhaupt handelt es sich hier weniger um ein Erziehungs- oder Bildungs-

Kommt die Einheitsschule?

problem, als vielmehr um eine Ständesfrage sozialer Art. Die Reformvorläufer, die alle darauf hinauslaufen, die bisher etwas scharf getrennten Grenzen unserer Schichten mehr ineinander übergehen zu lassen, werden nämlich solange nicht verstummen, solange die Lehrer unserer Volksschulen und Grundschulen ein Gehalt beziehen, das in einem Mißverhältnis zu der hohen Verantwortung steht, die in ihrer Hand liegt und zu der - von vorzüglichen Ausnahmen abgesehen - großen Gewissenhaftigkeit und Treue, mit der sie sich ihrer Aufgabe widmen.

Dieser soziale Nostalg soll hier durchaus unbeanstandet sein. Wohl aber muß die Form abgelehnt werden, in der man versucht, ihn zu beistimmen. Unsere Jugend hat einen Weg vor sich, der allein schwer genug sein wird. Soll sie auch noch belastet werden mit der Hypothek eines Experiments, das nicht einmal ihre Zukunft, sondern die ihrer Lehrer im Auge hat? Man sage doch offen, warum es dabei geht und packe dann das Übel an der Wurzel an. Unsere Jugend aber und ihre Schulbildung darf nicht aus gewerkschaftlichen Kampfmitteln der Lehrerwelt werden. Dr. Albrecht Deuber, Durlach, Badestr. 77.

Rundfunkprogramm

Mittwoch, 6. Februar

Süddeutscher Rundfunk: 12.00 Musik am Mittag, 14.15 Unterhaltungsmusik, 15.30 Ernst Simon am Klavier, 16.00 „Musik der Welt“, 16.15 Nachmittagskonzert, 16.30 Erwin Lehn, 18.00 Musik am Abend, 20.00 Franz Deuber und sein Streichorchester, 21.30 Erasmus im stillen Winkel, 22.30 Südliche Tanzmusik.

Südwestfunk: 8.40 Bericht am Krankenbett, 12.15 Mittagskonzert, 13.15 Aus dem Leben Frankreichs, 16.15 Bücherei, 16.30 Sang und Klang im Vollstimm, 18.30 Heil Bartok, 19.30 Probleme der Zeit, 19.30 Musik zum Feiernabend, 19.40 Intern. Zeitfunk, 19.50 „Das radio“, 20.30 Malteserzeitung, 21.30 Lieder aus deutschen Dörfern, 22.30 Klaviermusik, 23.30 Nachstudie, 23.50 Tanzmusik, 0.10 Swing-Serenade.

Imperial Dujardin Triple Sec Weinbrand Curaçao (41%)



